

Kernaussagen zur Tarifrunde 2023

Die kommunalen Arbeitgeber wollen ein Gesamtpaket, das Planungssicherheit gibt und finanziell verkräftbar ist. Das stärkt die Struktur und garantiert die zukünftige Aufgabenerfüllung durch den öffentlichen Dienst. Alles andere wäre ein Versprechen, das keiner halten kann.

Sozialpartnerschaft heißt Verantwortungsgemeinschaft – erst recht in Krisenzeiten.

Der geforderte hohe Mindestbetrag ist das völlig falsche Signal in einer Zeit, in der die Kommunen händeringend nach Führungskräften und Verantwortungsträgern suchen.

Unsere Kommunen können das Geld nur einmal ausgeben. Die hohen Forderungen verschlimmern den Investitionsstau und sorgen dafür, dass z.B. Schulen und Straßen erst später oder gar nicht saniert werden können.

Die Tariflöhne im öffentlichen Dienst sind den letzten Jahren stärker gestiegen als die Inflation, sodass die Beschäftigten Jahr für Jahr mehr Geld im Portemonnaie hatten. Trotz der hohen Inflation im vergangenen Jahr haben die Beschäftigten immer noch spürbare Reallohngeinne.

Die Inflation belief sich im Jahr 2022 auf 7,9 Prozent. Sie wird im Jahr 2023 wieder sinken. Die Entlastungspakete der Bundesregierung wirken und entlasten Bürgerinnen und Bürger bei den gestiegenen Energiekosten.

Ein hoher Tarifabschluss im kommunalen öffentlichen Dienst führt dazu, dass das Geld an anderer Stelle fehlt, bspw. für Investitionen in die Mobilitätswende, Schulen oder Digitalisierung.

Ein hoher Tarifabschluss übersteigt die Leistungsfähigkeit der Kommunen. Denn nach wie vor gibt es keine aufgabengerechte Finanzausstattung bei den Kommunen. Exemplarisch sei nur die Wohngeldreform genannt. Für zahlreiche neue Aufgaben, die seitens des Landes und des Bundes auf die kommunale Ebene übertragen wurden, gibt es nach wie vor keine adäquate Refinanzierung.

Ein hoher Tarifabschluss kostet am Ende Bürgerinnen und Bürger mehr Geld, weil damit die Kosten für Abgaben und Gebühren zwangsläufig steigen.